

Millionen übrig bleiben. Demzufolge müßten noch die nächsten 6 bis 8 Jahre mit der Schuldenfälligkeit und Schuldenkonsolidierung belastet werden. Die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums der Frage der Arbeitslosenversicherung gehen dahin, daß in den ordentlichen Haushalt 1930 150 Mill. Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung eingefügt werden, während 100 Mill. von den beiden anderen Sozialversicherungen übernommen werden sollen. Sollte sich die Aufnahmefähigkeit der beiden Versicherungen als größer erweisen, hofft man, ihnen auch 150 Mill. auftragen zu können, so daß für den Haushalt nur 100 Mill. zu übernehmen blieben. Von gewerkschaftlicher Seite ist erneut die Forderung eines sogenannten Notopfers zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung gefordert worden, die aber bei den bürgerlichen Parteien auf wenig Gegenliebe stößt. Der Gedanke zur Deckung des Haushalts die Umsatzsteuer mit heranzuziehen, ist offenbar vom Finanzministerium fallen gelassen worden. Dagegen ist neuerdings der Gedanke einer Pachtsteuer neben der Biersteuer in den Vordergrund gerückt.

Das Schiedsrecht im Young-Plan.

Die Beratungen der Vereinigten Reichstagsausschüsse. Die Vereinigten Ausschüsse des Reichstages für den Young-Plan setzten zunächst die vertrauliche Aussprache über das Thema Schlußaufsatz fort. Für den folgenden Fragenkomplex, der sich mit dem Schiedsgericht verfahren, den Sicherheiten und den Pfändern befaßt, wurde die Vertraulichkeit der Beratungen aufgehoben. Auf eine Anfrage, ob der Young-Plan die Verteilung der Biersteuer auf die Länder verändere, wurde von einem Vertreter des Finanzministeriums erwidert, daß die negative Verpflichtung Überweisungen an die Länder, berechnet nach den Erträgen der Biersteuer, nicht hindere. Es sei nur nicht möglich, die Biersteuer aus den Händen des Reiches ganz herauszunehmen. Aber das Schiedsgericht äußerte sich auf Anfragen Ministerialdirektor Gauß. Das Schiedsgericht sei nicht nur für Streitigkeiten zwischen Gläubigern und Schuldern, sondern auch zwischen den Gläubigern selbst zuständig. Bei allen Prozessen müsse dem Schiedsgericht ein deutscher Richter angehören.

Dann sprach der Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Birtz, dessen Ausführungen für vertraulich erklärt wurden.

Für eine Aenderung der Wirtschafts- und Finanzpolitik

Berlin, 18. Februar. Eine Reihe von Persönlichkeiten des öffentlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Lebens aus dem ganzen Reich, unter ihnen die deutschen Mitverfasser des Pariser Young-Planes überwiegen unter Hinweis auf die bevorstehende folgenschwere Entscheidung des Reichstages und unbeschadet der Einstellung des Einzelnen hierzu eine Erklärung, in der darauf hingewiesen wird, daß eine Aenderung der Finanz- und Wirtschaftspolitik in Deutschland unerlässlich geworden sei. Die durch die äußeren Verpflichtungen verschärfte Verantwortung des Reiches für die Finanzgebarung auch in Ländern und Gemeinden erfordert, daß die Ordnung der öffentlichen Haushalte als eine einheitliche Aufgabe von Reich, Ländern und Gemeinden betrachtet und unter Führung des Reiches durchgeführt wird. Das ist der einzige Weg, um zu einer echten und dauernden Senkung des Zinsfußes, als einer wesentlichen Voraussetzung der Gesundung des Arbeitsmarktes zu kommen. An die Durchführung des neuen Planes kann nicht gegangen werden, wenn nicht die Erkenntnis verwirklicht wird, daß die Verpflichtungen nur aus einer Volkswirtschaft aufgebracht werden können, die nicht nur den eigenen Verbrauch deckt, sondern darüber hinaus große Ueberschüsse erzeugt. Eine Fortführung der gegenwärtigen Finanzpolitik, die die notwendigen Ueberschüsse in weitestem Umfange besteuert, ist hiermit wirtschaftlich und politisch unvereinbar. Die Steuern müssen insbesondere an den Stellen gesenkt werden, wo diese Senkung am wirksamsten dem Kapitalzuwund und der Kapitalflucht entgegenwirkt. Es handelt sich hierbei nicht um ein Erfordernis der Kapitalbildung um ihrer selbst willen, sondern um die Erhaltung und Ausbildung der Arbeitskräfte. Wir sehen gemeinsam in der Förderung der gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktion und in der Verbreiterung und Hebung des Wohlstandes in den weitesten Schichten unseres Volkes eine Vorbedingung für unseren nationalen und kulturellen Aufstieg. Aber ebenso gemeinsam sind wir der Ueberzeugung, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn auf der einen Seite die Wirtschaft selbst sich ihrer politischen Verantwortung gegenüber Staat und Volk bewußt ist, auf der anderen Seite der Staat in den kommenden Jahren die Erfordernisse einer rein sachlichen Wirtschaftspolitik erfüllt. Unterzeichnet ist die Erklärung von rund 220 Namen der Wirtschaft, des Handels, der Banken, der Wissenschaft, der Handelskammern sowie der großen Wirtschafts- und Handelsverbände.

Nationalliberale und Deutschnationale in Bayern.

Vorkläufige Trennung der Nationalliberalen. Die Münchener Post veröffentlicht ein Schreiben des fränkischen Reichstagsabgeordneten und Landesvorsitzenden des Nationalliberalen Landesverbandes Bayern, Geheimrats Hans Sachs, an die Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen in Bayern. Darin teilt Geheimrat Sachs mit, neue vertragsmäßige Bindungen an die Deutschnationale Volkspartei in Bayern seien für den Nationalliberalen Landesverband, wenn überhaupt, nur denkbar und tragbar, wenn die Deutschnationale Volkspartei in Bayern in vielleicht letzter Stunde die innere Kraft aufbringe, sich eine staatspolitisch weitblickende und organisationstechnisch weitberzige Führung zu schaffen.

Stöckung der Genfer Verhandlungen.

Schwierigkeiten durch den Sturz Tardieus. Auf der Zollfriedenskonferenz in Genf sind bereits am zweiten Verhandlungstage ernste Schwierigkeiten zutage getreten, die teils auf die grundsätzliche ablehnende Haltung Frankreichs, teils auf den Sturz des Kabinetts Tardieu zurückzuführen sind. Die allgemeine Aussprache mußte am Dienstag nach einer kaum einhalbstündigen Sitzung mangels weiterer Redner auf Mittwoch vertagt werden. Der stärkste Widerstand gegen den Zollfriedensgedanken geht zurzeit von der französischen Abordnung aus, deren Haltung die gleichfalls dem Zollwaffenstillstand ablehnend gegenüberstehenden Mächte wie Polen und die Tschechoslowakei in ihrer Stellung verstärkt hat.

Gesandter Köster 7.

Der deutsche Gesandte in Belgrad, Dr. Köster, der bekanntlich an Blinddarmentzündung erkrankt war, ist verstorben. Der Zustand des Gesandten hatte sich in den Nachmittagsstunden des Dienstags sehr rasch verschlimmert. Das Herz begann abends völlig zu versagen. Am Totenbett besandene sich die Gattin des Gesandten und die behandelnden Ärzte.

Kleine Nachrichten

Gerichtliches Nachspiel zu einer Parlamentskammer. Berlin. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten Gohlte wegen Körperverletzung. Es handelt sich bei dieser Angelegenheit um die stürmischen Vorgänge bei der Eröffnung des neuwählten Preussischen Landtages am 8. Juni 1929, wobei es zu einer Schlägerei kam. Der Alterspräsident, Dr. Graf Koschowski-Wehner, hatte einen Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Fraktion zur Abstimmung gestellt, wonach zwei neugewählte Kommunisten aus der Festungshaft entlassen werden sollten. Gegen den Antrag wurde von der rechten Seite Widerspruch erhoben. Darüber entstand bei den Kommunisten große Erregung. Besonders gegen den Abgeordneten Dr. Bonifat richtete sich der Unwille der Kommunisten. Sie drangen auf ihn ein und Gohlte verlegte ihm einen Faustschlag ins Auge. Gegen den Strafbescheid über 300 Mark oder sechs Tage Gefängnis erhob Gohlte Einspruch. Abgeordneter Dr. Bonifat erklärte, daß er einen Strafantrag wegen Körperverletzung gegen Gohlte nicht stellen könne und auch keinen Wert darauf lege. Seine Strafanzeige habe sich gegen das politische Verhalten der Verbindung eines Abgeordneten an der Ausübung seiner Abstimmung gerichtet. Staatsanwaltschaftsrat Fischer beantragte die Aufrechterhaltung des Strafbescheides auf 300 Mark Geldstrafe oder sechs Tage Gefängnis. Das Gericht kam zu dem Urteil, daß das Verfahren gegen den Abgeordneten Gohlte auf Kosten der Staatskasse einzustellen sei, da ein Strafantrag wegen Körperverletzung nicht gestellt worden ist.

Die Verewigung des Namens Gorthy in Ungarn. Budapest. Der Verwaltungs- und Finanzausschuss des Abgeordnetenhauses hat den Gesetzentwurf über die Auslösung des zehnten Jahrestages der Reichswehrverwaltung Gorthy beschlossene Verewigung des Namens Gorthy durch Verknüpfung dieses Namens mit einer Reihe öffentlicher Bauten und Einrichtungen mit allen Stimmen, auch denen der Sozialdemokraten, angenommen.

Ein englischer und ein deutscher Dampfer zusammengestoßen. London. An der Tyne-Mündung ereignete sich bei dichtem Nebel ein Zusammenstoß zwischen dem Londoner Dampfer „Zordbeater“ und dem deutschen Dampfer „Jbis“. Beide Schiffe wurden schwer beschädigt. Der Zusammenstoß war so heftig, daß die „Zordbeater“ unmittelbar darauf zu sinken drohte und die Mannschaft zunächst in die Rettungsboote ging. Die Besatzungen setzten sich jedoch als übertriebener heraus und dem Dampfer gelang es, mit eigener Kraft den Hafen zu erreichen. Auch die „Jbis“ konnte die Fahrt nach dem Hafen fortsetzen.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 19. Februar 1930.

Wertblatt für den 20. Februar.

Sonnenaufgang	7 ⁰⁰	Mondaufgang	1 ²⁰
Sonnenuntergang	17 ⁰⁰	Monduntergang	9 ²⁰

1810: Der tirolische Freiheitskämpfer Andreas Hofer erschossen.

Verfehlt oder nicht verfehlt?

Nieder naht die Zeit, da diese bange Frage austaucht und ganze Familien durcheinanderbringt. Oftern ist in Sicht und mit ihm die Vergebung oder auch Nichtvergebung. Die Nichtvergebung — das ist der springende Punkt. Denn um der Vergebung willen wird im Schoße der Familie niemals Aufbruch oder Aufrichtung entstehen, es wäre denn die beliebte „Freudige“. Aber auch um der Nichtvergebung willen sollten vernünftige Leute sich nicht derart aufregen, daß um die Oberseite herum das ganze Haus unter einem dumpfen, schweren Druck zu stehen scheint. Wohlverstanden: es soll hiermit dem Nichtvergebenen durchaus nicht das Wort geredet und noch schöngetan werden, und die Nichtvergebenen dürfen nie und nimmer zu der Meinung gelangen, daß man unbedingt auf ihrer Seite sei und sie gegen die strengen Eltern unter allen Umständen in Schutz nehmen wolle. Aber es gibt Unterschiede, und mit alku strengen und nicht immer gerecht urteilenden und wertenden Eltern oder Vormündern wird immerhin ein gutes, beruhigendes Wort zu sprechen sein — diesmal wie immer. Ist durch langjährige Beobachtung der Beweis erbracht, daß ein Schüler auf der Schule nicht mitkommt, weil er kein übergroßes Interesse an der Schule und ihrem Lehrplan nimmt, und weil seine Leistungen vielleicht nach ganz anderer Richtung hin streben, so soll man ihn, wenn alle Mahnungen und Warnungen fruchtlos geblieben sind, weil sie bei so schlecht vorbereitetem Boden fruchtlos bleiben müssen, aus der Schule herausnehmen und auf einen Platz stellen, für welchen er sich besser eignet. Muß es denn durchaus akademische Bildung und Gelehrtenstudium sein? Man kann seine Tüchtigkeit fürs Leben noch in vielen, sehr vielen anderen Berufen erweisen. Wird aber ein Kind nicht verfehlt trotz augenscheinlichen Fleißes und eifriger Mitarbeit in der Schule, so ist in erster Linie nach den tieferen Ursachen des Verfehlens zu forschen — denn solche sind natürlich unter allen Umständen vorhanden —, dann aber zu helfen, so helfen mit freundlichem Wort und gutem Zuspruch. Wie und nimmer aber darf man in solchen Fällen die „eiserne Hand“ spüren lassen, nie und nimmer aus solcher Nichtvergebung eine Lebensfrage machen und sich selbst und dem Kinde das Dasein verfehlen. Eltern, seid streng, aber nicht hart, und geht nicht zu scharf ins Gericht, denn die höchste Tugend des Richters ist Gerechtigkeit!

Nachtrag zur Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag, den 20. Februar 1930, abends 7 Uhr. 6. Ortsfest, Umbau an die Staatsstraße Dresden-Kossen. 7. Gemeinsamer Erlaß von Bestimmungen über den Verkehr mit Vorzugsmitel.

Das Direktorium der Priv. Schützengesellschaft hielt am Montag des abends 9 Uhr unter Beiziehung des Offizierskorps und des Schießauschussesvorsitzenden im „Löwen“ eine Sitzung ab. Diefelbe fand eine besondere Auszeichnung dadurch, daß der vor 5 Wochen erkrankte Kommandant Wächsmachermeister Otto Rost zur Freude aller Kameraden an den Verhandlungen teilnehmen konnte. Er wurde vom Präsidenten besonders begrüßt. Ein weiterer Gruß galt der Schützenmajestäät „Emil, dem Gemüthlichen“ und den erschienenen Kameraden. Man gedachte ehrend des am Sonntag zur ewigen Ruhe gebrachten Kameraden Tischlermeister Hermann Rant durch Erheben von den Plätzen. Alsdann trat man in die eigentliche Tagesordnung ein und beschäftigte sich zunächst mit der brennenden Schießstandfrage für das Ende Juni in Wilsdruff stattfindende 3. Gauhschießen des Ost-

ergbergischen Schützengauges. Da sich einige bauliche Aenderungen des jetzigen Standes nötig machen, wählt man einen Ausschuß von fünf Herren: Kommandant Rost, Oberleutnant Kubz, Oberzahlmeister Ruppert, Schriftführer Schläpfer und Schießauschussesvorsitzender Ernst Reichelt, die am Donnerstag eine Besichtigung des Schießstandes vornehmen und Sonntag sachdienliche Vorschläge machen werden. Für Sonntag nachmittag ist im „Löwen“ eine Sitzung des hiesigen Ausschusses für das Gauhschießen mit dem Gauvorsitzenden Stadtrat Schwind-Dippoldswalbe mit seinem geschäftsführenden Ausschuß vom zweiten Gauhschießen 1928 in Dippoldswalbe geplant, der gemachte Erfahrungen zum besten geben wird. Der Zeitpunkt der Sitzung ist noch zu vereinbaren. Man will die hiesigen Gauhschießvereine veranlassen, ihre sich zugewählten Ausschußmitglieder für die Sonntagssitzung zu interessieren. In Wilsdruff sollen dann Fragezettel an die Gauhschießvereine Dippoldswalbe, Frauenstein, Freital, Hermsdorf, Kreischa, Rabenau, Schmiedeberg und Tharandt hinausgehen, die bis März die eventuelle Teilnahme der einzelnen Schützen melden. Das eigentliche Gauhschießen dürfte nur Sonntag den 29. und Montag den 30. Juni stattfinden, während das Wilsdruffer Schützengfest in diesem Jahre Dienstag den 1. und Mittwoch den 2. Juli fällt. Für den Festzug am Sonntag ist mit einer Sonderauszeichnung desselben zu rechnen. Einige interne Gesellschaftsangelegenheiten führten zu besonderen Beschlüssen. Ein besonderer Antrag aus der Mitte der Versammlung geht dahin, 25jährige Treue einzelner Mitglieder gegen die Gesellschaft durch eine besondere Dekoration (nicht Ehrenmitgliedsnennung) auszuzeichnen. Vom Sächsischen Wettinbunde sind Auszeichnungen mit Ehrennennungen nach 20 Jahren im Vorstande, 40 Jahren in der Gesellschaft, mit tragbaren Ehrenzeichen nach 25 Jahren ununterbrochener Vorstandstätigkeit oder 50jähriger Mitgliedschaftstreu möglich. Diese Auszeichnungen können natürlich nur in den seltensten Fällen verliehen werden. Mit Verlesung der Niederschrift wurde die Sitzung geschlossen.

Der MGV „Sängertrupp“ veranstaltet sein diesjähriges Faschachtsvergnügen kommenden Sonnabend im „Löwen“ in Form eines Feierten Abends unter dem Motto: „666 Sekunden“. Die Anzeige in der heutigen Nummer verrät das Auftreten der verschiedenartigsten Künstler, die allesamt ihr Wirken auf ununterbrochene Tätigkeit der Ludusmeister der Besucher eingestellt haben. Neben einem humoristischen Musikal-Alt bieten uifige Solis und Zwiesgespräche verschiedener Art bunte Abwechslung. Den Schluß bildet ein Einakter von zweifelhaftehrtender Wirkung: „Wer melkt die Ziege?“ Mehr darf nicht verraten werden. Frohe Stunden sind jedenfalls sicher. Auch Gäste sind willkommen.

Seinen 70. Geburtstag begeht morgen Tischlermeister Arthur Seifert. Fröhlich und munter steht er noch an der Werkbank und die Pflege des deutschen Liedes ist ihm heute noch liebgewordenes Bedürfnis. Mit seinen Freunden und Bekannten wünschen auch wir ihm einen freudvollen, gesegneten Feierabend!

Sturz mit dem Motorrad. Auf der Reihner Landstraße in Wähels Bush stürzte gestern abend ein hiesiger Motorradfahrer, dem durch eine tiefe Furche in der eisigen Schneedecke die Lenkstange aus den Händen gerissen wurde. Er trug böß aussehende, aber nicht gefährliche Verletzungen im Gesicht davon.

Der Tierchutzverein für den amtschauptmannschaftlichen Bezirk Meissen hält am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 4 Uhr seine Jahreshauptversammlung und daran anschließend sein 52. Stiftungsfest ab. Diese Veranstaltung hat sich von jeher in Stadt und Land einer so großen Beliebtheit erfreut, daß die bisherigen Räume nicht ausreichten und viele wegen Zutrittsverweigerung keinen Platz finden konnten; deshalb hat sich der Vorstand gezwungen gesehen, für dieses Jahr die Säle des neuerbauten stöhen Reglerheimes Hamburger Hof in Meissen zu wählen, das ja auch Autopark und Tanzställe bietet. Das Fest findet, wie allergebracht, als Familien-Weinabend statt, bei dem ein diesmal von Otto Streller-Coswig zu liefernder guter Schieler zum Großverkaufspreise verzapft wird. Ernste und heitere Vorträge und musikalische Darbietungen sorgen für Stimmung.

Günstige Kraftpostverbindung nach Chemnitz und von Riesa. Die Oberpostdirektion Dresden teilt mit: Wie noch zu wenig bekannt ist, bietet die Kraftpost Dresden-Döbeln bei Fahrt 3, 10.55 an Döbeln Obermarkt, eine sehr günstige Reisegelegenheit nach Chemnitz. Der Anschluß wird dadurch hergestellt, daß unmittelbar nach Ankunft der Kraftpost am Obermarkt ein Kraftomnibus der Döbelner Straßenbahn nach dem Hauptbahnhof abgeht, der den Zug D 72, 11.15 ab Döbeln, 12.02 an Chemnitz, sicher erreicht. In gleicher Weise wird der Anschluß von diesem Zuge an die um 11.25 Uhr vom Obermarkt in Döbeln abgehende Kraftpost nach Dresden erreicht, wodurch eine günstige Verbindung, insbesondere von Riesa nach den Unterwegsorten der Kraftpost geschaffen ist.

Der Landbund Meissen an den Reichspräsidenten.

Anschließend an den Sprechtag sagte die Versammlung des Landbundes folgende Entschliessung:

Hochgeehrter Herr Reichspräsident! Das Vaterland ist vor seine schwerste Entscheidung gestellt. Die Verfassungskämpfer, parteipolitisch zerrissen, um ihre Existenz und damit um den Staat. Ostelbische Bauern gehen zu Tausenden unter, wir aber in Mitteldeutschland zählen die Wochen und Monate, bis gleiches Schicksal uns erreicht. Unsere Stimme verhallt ungehört. Noch versteht niemand die Wahrheit des Wortes:

Bauernmord — Volkstod.

In dieser unserer schlimmsten Not kommen wir zu Ihnen, hochverehrter Herr Reichspräsident, als dem höchsten Bauer und Erbauer unseres Volkstums und seiner Kraft. Wir sehen mit einfachen Augen die Ereignisse anders und erkennen, Schollegebunden, für Volk und Vaterland besser als die Minister, die parteipolitisch gefesselt sind, ja klarer auch als ihre Umgebung, an deren Eingabe wir nicht zweifeln:

Tannenbergs verliert seinen geschichtlichen Wert. Die unsterblichen Taten des deutschen Volksheeres, besonders unter Ihrer glotreichen Führung, erlauben keine sinnverfälschende Neuprägung, das stille Dulden der Heimat keine weitere Verelendung. Wir erblicken in Ihnen unseren Hort und den Wahrheitsdeutscher Art und Wesens, allzeit bereit:

Mehrer des Reiches zu sein.

Wir glauben an Sie und deshalb bitten wir Sie in letzter Stunde männlich und inständig:

Sprechen Sie das harte „Nein“.

reiten Sie den deutschen Osten. Lösen Sie den Reichstag auf, das Volk wird sich immer einmütig hinter seinen Hindenburg scharen. Nie aber darf sein Name unter Verträgen stehen, die des Vaterlandes Ehre beslecken, weil sie es versklaven.

Bezirkslandbund Meissen.